

Marxismus contra Bewegungsfetischismus

Kritische Anmerkungen zur Politik der SAG

"Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien. Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen. Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen ... Die Kommunisten sind also praktisch der entschiedenste, immer weitertreibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder; sie haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus" (Kommunistisches Manifest).

"Augen zu und vorwärts!"

Die SAG agiert, als würde sie diese Zeilen nicht kennen. Eine Kampagne jagt die andere, immer neue Bewegungen werden ausgemacht (anti-stalinistische Arbeiter in der DDR, Komitees für Gerechtigkeit, Lichterketten gegen Nazis, Streikkämpfe etc.). "So oder so, die Erde wird rot" ist der unausgesprochene Leitsatz der SAG. Berichte über den erfolgreichen Verkauf der massenpopulär geschriebenen, auf niedrigem Niveau ausgerichteten Zeitung, sollen die Nichtexistenz eines Rechtsrucks in der BRD beweisen. Doch der Aktionismus dieser Gruppe kann über die Diskrepanz zwischen "Bewegungs-Optimismus" und gesellschaftlicher Realität nicht hinwegtäuschen. Und so kommt es, daß viele der Jugendlichen, die eine Alternative in der SAG suchen, bei dieser anti-marxistischen "Hurra-geht-vorwärts"-Methode wieder in politischer Passivität landen. Eine Gruppe, die sich als "sozialistische Alternative" präsentiert, darf aber nicht nur "bewegungsaktiv" sein; ihre Arbeit muß sich eben auch auf das revolutionäre Programm gründen.

Ohne eine umfassende Kritik der SAG in diesem Artikel leisten zu wollen, geht es uns darum, an drei für Linke in der BRD zentralen Fragen, den Alternativ-Anspruch der SAG nachzuprüfen:

- 1) Wie muß der Kampf gegen die Faschisten geführt werden?
- 2) Wie muß eine revolutionäre Politik gegenüber der SPD beschaffen sein?
- 3) Was ist von der Theorie des Staatskapitalismus zu halten?

Nazis "isolieren" oder Nazi-Banden zerschlagen?

Im Leitartikel des BOLSCHEWIK 1 "Nazi-Terror und Rassismus in der BRD" haben wir uns mit den Grundlagen und Konzepten der Linken im Kampf gegen den Faschismus befaßt. Die Berechtigung unserer Kritik am SAG-Konzept der "breiten antifaschistischen und antirassistischen Bewegung" (s. auch BOLSCHEWIK 2) bestätigte die SAG zum Jahreswechsel 1992/93 auf ihre Weise: "Lichterketten: Den Nazis heimleuchten!", frohlockte sie noch, als schon die

letzten Wachsflächen auf deutschem Pflaster beseitigt waren (Klassenkampf (KK) 113, Februar 1993).

Wir meinen, daß

"die Lichterketten eine bürgerliche Propagandashow zur Aufpolierung des ramponierten BRD-Images (waren), die von den wahren Verantwortlichen ablenkte. Anti-faschistische und potentiell anti-rassistische Teilnehmer wurden zum Fußvolk des Staatsrassismus" (Hände weg vom Asylrecht!, BOLSCHEWIK-Extra, 16.04.93).

Die SAG dagegen war ganz aus dem Häuschen, als Armleuchter wie Süßmuth, Engholm, Cohn-Bendit und andere bürgerliche Politiker den Massen den Weg wiesen. "Unter dem Druck der Massendemonstrationen hat das Innenministerium die 'Republikaner' bundesweit unter Beobachtung gestellt" jubelte Klassenkampf (KK 112). Zur Verklärung der "Lichterkettenbewegung" wiederholte der KK das Märchen der bürgerlichen Presse über die gesunkene Zahl "rechtsextremistischer Angriffe" und behauptete, daß sich aufgrund der Lichterketten "das politische Klima sehr zu Ungunsten der Nazi-Parteien verändert" habe (ebenda). Das konnten aber Hunderte von Asylsuchenden nicht bestätigen, die in ihren Wohnheimen den weiterhin stattfindenden Überfällen ausgesetzt waren. Allein im Januar gab es 7 Tote und ca. 50 Verletzte als Opfer des rechten Terrors zu beklagen (Chronik des "Archiv für Sozialpolitik", Konkret 2/93 und 3/93). Aber die SAG setzt noch einen drauf:

"Die wichtigste Aufgabe im antifaschistischen Kampf heute ist es zu verhindern, daß Republikaner und DVU sich zu einer faschistischen Partei mit Massencharakter festigen. Wenn sich Lichterketten ... überall dort bildeten, wo 'Republikaner', DVU und NPD ihre Parteitage und Aufmärsche veranstalten, wäre diese Gefahr bald gebannt" (KK 112).

Dies ist eine tödliche Illusion! Faschisten sind nicht mit Kerzen zu stoppen. Die zentrale Lehre aus der Geschichte besteht darin, daß nur die organisierte Arbeiterbewegung über die soziale Macht verfügt, den Nazis Paroli zu bieten. Für gewerkschaftlich organisierte Selbstverteidigungsgruppen, für Mobilisierungen zur *Verhinderung* von Faschisten-Aufmärschen einzutreten, ist v.a. aus zwei Gründen bedeutend: 1) Nur die eigenständige *Aktion* kann die staatlich geduldeten Nazis von der Straße jagen. 2) Nur solche *erfolgreichen* anti-faschistischen Aktionen werden auch diejenigen überzeugen, die heute noch auf Appelle an den Staat oder auf bloße Aufklärung der Bevölkerung setzen. Den rassistischen Sympathisantenstumpf der Faschisten bringt man am besten zum Schweigen, indem man den faschistischen Organisationen und Parteien, insbesondere deren bewaffneten Banden, das Maul stopft. Die SAG sieht das anders, sie will

"... eine Massenbewegung (aufbauen), die die Nazis von ihrem rassistischen Umfeld isolieren und so stoppen kann" (KK 108).

Dieses Isolierungskonzept führt sie immer wieder dazu - trotz gegenteiliger Beteuerungen -, gemeinsam mit den demokratischen Rassisten, den "Massenprotest" der Massenkonfrontation der Nazis vorzuziehen.

SAG-Politik in der Praxis

Unter der Überschrift "Nazi-Aufmärsche in Berlin gestoppt!" wird im KK 106 die Initiative gegen den geplanten Nazi-Aufmarsch in Berlin-Karlshorst resümiert:

"Die SAG rief zu einer Gegendemonstration auf, um den Nazi-Aufmarsch zu verhindern. Mit dem Demonstrationsaufruf 'Berlin - kein Aufmarschplatz für Nazis, stoppt die Nazis!' gewann sie die Unterstützung eines breiten politischen Spektrums, einschließlich dreier Einzel-Gewerkschaften, des DGB, der Jusos, der Grünen-AL sowie der PDS, die für eine massenhafte Mobilisierung sorgten".

Was der Leser nicht erfährt: Als auf dem Vorbereitungstreffen zur Demo die Debatte über den geplanten Kundgebungsort u.a. seitens der Jusos, ALer und eines IG-Mitglieds erneut aufgerollt wurde, weil die ursprünglich geplante Demo-Route von der Polizei abgelehnt worden war, da schwankten die SAG-Vertreter. Wiederholt schlugen sie vor, nicht zum Ort des geplanten Nazi-Aufmarsches zu mobilisieren, sondern ein paar Straßen weiter - um die Einheit des Bündnisses zu erhalten. Daß dennoch wenige Tage später 10 000 Demonstranten an dem Ort der verbotenen Nazi-Kundgebung zusammenkamen, war trotz der von den SAG-"Taktikern" unterstützten abwiegelnden Kräften möglich. Die Flugblätter, auf denen zum Nazi-Treffpunkt mobilisiert wurde, waren schon verteilt worden, bevor die Debatte im Vorbereitungstreffen beendet worden war. Ob der Staat den Nazi-Aufmarsch auch verboten hätte, wenn nicht massenhaft dorthin mobilisiert worden wäre, ist zweifelhaft.

Genauso opportunistisch war die Politik der SAG zur Vorbereitung der Aktion gegen den Republikaner-Parteitag zwei Wochen später, bei dem gar nicht erst auf eine Blockade des Halleneingangs hingearbeitet wurde. Gerne verweist die SAG auch auf das Paradebeispiel ihrer Antifa-Taktik "Rock gegen Rassismus". Nun ist gegen attraktiv aufgezugene Protestveranstaltungen der Linken, die breite Massen an politische Fragen heranführen, beileibe nichts einzuwenden, solange sie nicht von notwendigen direkten Aktionen gegen Nazis ablenken. Doch leider lief die Praxis solcher "Gegenaufklärungs"-Veranstaltungen oft darauf hinaus. 1978 z.B. veranstaltete die von der britischen Schwesterorganisation der SAG dominierte Anti-Nazi-League ein solches Konzert, auf dem Tausende anwesend waren, während jedoch zeitgleich die Nazis in einem anderen Londoner Stadtteil durch das Immigrantenviertel marschierten.

Der SAG und ihrer Politik der "Isolierung der Faschisten" antworteten wir schon zur Auswertung der gemeinsamen Aktionseinheit zu Wunsiedel (bei der sie ebenfalls laviert hatte):

"Die Suche nach 'antifaschistischer Breite' wird daher anders enden, als linke, militante SAG-Mitglieder es erwarten: Nicht die Massen werden mit ihren bürgerlichen Illusionen brechen, sondern die SAG führt umgekehrt Militante geradewegs auf den linken Flügel des sozialdemokratischen (klein-)bürgerlichen Antifaschismus" (BOLSCHEWIK 2).

Das Konzept der "antifaschistischen Massenbewegung", das opportunistische Anschmiegen an Organisationen des demokratischen Rassismus, findet sich auch wieder im SAG-Aufruf zur Hessen-Wahl:

"Stoppt SS-Schönhuber jetzt! ... Am Wahltag geben wir zwar der SPD unsere Stimme, um zu verhindern, daß Nazis oder Konservative gewinnen. Aber unser Ziel ist es, jetzt eine sozialistische Alternative links von der SPD aufzubauen" (KK 113).

Wählt SPD; wählt die deutsche Partei der Arbeiterbewegung, die, gemeinsam mit dem anderen Demokraten-Pack und im Zusammenspiel mit den Faschisten, das Asylrecht aufheben will. Aber, selbstverständlich, unser Ziel ...

... die SPD nach links drücken?

Dieser Aufruf zur Hessen-Wahl ist nicht nur richtungsweisend für den SAG-Bundestagswahlkampf 1994; auch in der Vergangenheit war die Wahl der SPD ein Dauerlutscher dieser Organisation. Die Grundsätze der revolutionären Methode zur Spaltung der bürgerlichen Arbeiterpartei SPD in seine proletarischen und bürgerlichen Bestandteile erläutern wir an anderer Stelle in diesem BOLSCHEWIK. Bei unserer grundsätzlichen revolutionären Opposition schließen wir Taktiken gegenüber der SPD nicht aus. Aktions-einheiten bei Übereinstimmung in einem konkreten (Aktions-)Ziel sind möglich und nötig, um die SPD-Basis von der Halbherzigkeit ihrer Führung praktisch zu überzeugen. Allerdings meinen wir mit Lenin:

"Es kommt nur darauf an, daß man es versteht, diese Taktik so anzuwenden, daß sie zur Hebung und nicht zur Senkung des allgemeinen Niveaus des proletarischen Klassenbewußtseins, des revolutionären Geistes, der Kampf- und Siegesfähigkeit beiträgt ... Die richtige Taktik der Kommunisten muß darin bestehen, daß man diese Schwankungen ausnutzt, keineswegs darin, daß man sie ignoriert. Um sie auszunutzen, muß man Zugeständnisse an diejenigen Elemente machen, die sich dem Proletariat zuwenden, und insoweit, wie sie sich dem Proletariat zuwenden - gleichzeitig muß man den Kampf gegen diejenigen führen, die zur Bourgeoisie abschwanken" (Der "linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus, LW 31, S. 60).

Die Taktik der kritischen Wahlunterstützung der bürgerlichen Arbeiterpartei SPD ist grundsätzlich möglich, wenn diese organisatorisch-unabhängig in Abgrenzung zu allen anderen bürgerlichen Parteien zur Wahl antritt und ihr Wahlprogramm in seinen zentralen Aussagen den Interessen der Lohnabhängigen nicht widerspricht. Aber man zeige uns doch einmal, wo Linke in dieser Partei der "bürgerlichen Offensive", des sozialen Kahlschlags und "Solidarpakts", des demokratischen Rassismus und des Militarismus -, wo Linke also in dieser SPD aktuell "Schwankungen ausnutzen", "Zugeständnisse an diejenigen Elemente machen" können, "die sich dem Proletariat zuwenden und insoweit sie sich dem Proletariat zuwenden", ohne gleichzeitig elementare Grundsätze der Verteidigung von Arbeiterinteressen zu verleugnen?

Die schematische SAG-"Taktik", immer zur Wahl der SPD aufzurufen, basiert auf einem völlig unmarxistischen, gradualistischen Grundverständnis: Die Möglichkeit einer fließenden Linksverschiebung in der Gesellschaft bis hin zur Revolution wird vorausgesetzt, wobei die SAG dann immer rechts ansetzt.

"Rassisten von Faschisten isolieren", CDU-Wähler zu SPD-Wählern machen, die SPD nach links drücken, um dann ... SPD-Mitglieder zum Eintritt in die SAG zu bewegen. Doch, wie Trotzki es einmal formulierte, kommt das Proletariat nicht "über Schultreppen zum revolutionären Selbstbewußtsein", sondern Klassenbewußtsein entwickelt sich in Sprüngen. Die Aufgabe von Kommunisten besteht darin, durch ihre revolutionär-zielgerichtete Intervention, sowohl in der gemeinsamen Aktion als auch in der schonungslosen propagandistischen Auseinandersetzung, solche Sprünge zu erleichtern. "Schwanzpolitik" dagegen schadet nur. Im Gegensatz zur SPD schürt nur die SAG selbst - als Partei der neuen sozialdemokratischen Linken - Illusionen in die SPD.

Kapitalistische Wiedervereinigung - kein Rückschritt?

Man braucht kein Marxist zu sein, um zu erkennen, daß der Lebensstandard in der DDR ungleich höher war als der heute in den "fünf neuen Bundesländern", die 1990 kapitalistisch angeschlossen wurden. Die SAG ist dennoch stolz darauf, sich als "Sozialisten, die den Fall der Mauer freudig begrüßt haben", zu beschreiben (KK 116). Und anlässlich der Ereignisse in der ehemaligen Sowjetunion verkündete sie:

"Die Einführung des Marktes wird die Probleme der russischen Arbeiterklasse nicht lösen, aber es wäre auch kein fundamentaler, geschichtlicher Rückschritt oder eine Art Konterrevolution" (KK 97).

Trotzkisten hatten eine entgegengesetzte Haltung zur "Einführung des Marktes", d.h. des Kapitalismus, in den Staaten Osteuropas. Die Gruppe IV. Internationale, einer der Vorläufer der Gruppe Spartakus, schrieb z.B. im Herbst 1989:

"Die stalinistische Bürokratie darf nicht durch eine 'demokratische', kapitalistische Konterrevolution ersetzt, sondern muß durch eine *proletarisch politische Revolution* gestürzt werden. Eine *sozialistische Räteregierung*, direkt verantwortlich den Arbeiterräten, muß die Enteignung der Kapitalistenklasse, die sozialistische Eigentumsform und das Außenhandelsmonopol sichern. Während das Prinzip der *zentralisierten Planwirtschaft* beibehalten wird, ist eine sozialistische Reorganisation der Wirtschaft auf der Basis der Arbeiterdemokratie nötig"
("Für eine sozialistische Räteregierung", 10.11.89).

Beilagen-Kreis im Radius der SPD

Aus dem Inhalt:

Zum Klassencharakter der Sowjetunion

- Die marxistische Sozialismus-Konzeption
- Zur Diktatur des Proletariats
- Die russische Oktoberrevolution und ihre Degeneration
- Schlußfolgerung der trotzkistischen Analyse der bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten

Der Hauptfeind steht im eigenen Land

- Die bürgerliche Arbeiterpartei SPD
- Revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften

(86 Seiten: 5,- DM + Porto)

Zu beziehen über Redaktionsanschrift

Die Position der bedingungslosen militärischen Verteidigung der bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten gegenüber dem Imperialismus - als Voraussetzung der proletarischen politischen Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie - sahen wir Trotzkiisten insbesondere in der BRD als elementar an, um den Kampf gegen den deutschen Imperialismus konsequent führen zu können. Die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands war für die SAG dagegen "kein fundamentaler Rückschritt", da von dieser Gruppe die DDR als "staatskapitalistisch", als dem BRD-Imperialismus qualitativ gleich, eingeschätzt wurde. Die Grundlage dieser Position ist die "Staatskapitalismus-Theorie" des Begründers der damaligen Internationalen Sozialisten, Tony Cliff.

Arbeiterstaat à la Cliff - Form und Inhalt

"Marx und Engels gebrauchten den ziemlich unheilvoll (!) klingenden und weithin mißverstandenen Begriff der 'Diktatur des Proletariats', um den *Inhalt*, nicht die Form des Staates zu beschreiben, der den kapitalistischen Staat ersetzen sollte, daß heißt, um die herrschende Klasse zu definieren"

(Tony Cliff, Staatskapitalismus in Rußland, S. 81).

Was der "Marx mißverstehende" Cliff dann im Kapitel "Marx und Engels über den Charakter des Arbeiterstaates" folgen läßt, ist die ausschließliche Behandlung der *Form*, sprich die Beschreibung der undemokratischen, arbeiterfeindlichen Herrschaft der stalinistischen Bürokratie. Beim Vergleich der "real-existierenden" Sowjetunion mit einem revolutionären Arbeiterstaat, wie ihn Marx oder Lenin anvisierten, kommt Cliff dann zu dem Schluß, daß die russische Bürokratie und nicht die Arbeiter "Besitzer" des Staates gewesen seien.

"Doch was folgt daraus? Manche sagen: Da der reale, aus der proletarischen Revolution hervorgegangene Staat den idealen, a priori aufgestellten Normen nicht entspricht, kehre ich ihm den Rücken. Das ist politischer Snobismus, gang und gäbe in pazifistisch-demokratischen, libertären, anarchosyndikalistischen und generell in ultralinken Kreisen der kleinbürgerlichen Intelligenz" (Trotzki-Schriften, Arbeiterstaat, Thermidor und Bonapartismus, Bd.1.1, S. 585).

Eine Klassenherrschaft im marxistischen Sinne kann eben verschiedene politische Formen annehmen, ohne daß sich deshalb der *Klassencharakter* des Staates ändert - das gilt sowohl für die Diktatur der Bourgeoisie (z.B. parlamentarische Demokratie, Militärdiktatur oder Faschismus) als auch für die Diktatur des Proletariats (Rätedemokratie oder bürokratisches Regime).

In "Weder proletarischer noch bürgerlicher Staat?" schrieb Trotzki deshalb:

"Die Klassennatur eines Staates ist folglich nicht durch seine politische Form, sondern durch seinen sozialen *Inhalt* bestimmt, d.h. durch den Charakter jener *Eigentumsformen und Produktionsverhältnisse*, die der jeweilige Staat schützt und verteidigt"
(ebenda, Bd. 1.2, S. 1120 - Hervorh. v. u.).

"Staatskapitalismus" = Kanonenproduktion?

Was den *Inhalt* der Diktatur des Proletariats, d.h. deren Produktionsweise betrifft, so lautet eine der Prämissen Cliffs: "Im Kapitalismus ist der Massenkonsum

der Akkumulation untergeordnet" (Cliff, Staatskapitalismus, S. 33). So sieht er den Umstand, daß seit der Erstellung des ersten Fünf-Jahres-Planes in der UdSSR die Produktion von Konsumgütern derjenigen von Produktionsmitteln hinterherhinkte, als ein sicheres Anzeichen dafür an, daß die Sowjetunion kapitalistisch geworden sei. Doch auch in einem Arbeiterstaat ohne bürokratische 'Besitzer' - und erst recht bei einem produktionstechnisch rückständigen Niveau in kapitalistischer Umzingelung - würde eine Konzentration auf die Entwicklung des produktiven Sektors, auf Kosten der Konsumtion, nötig sein. Marx machte sich schon in der Kritik des Gothaer Programms über die primitive Vorstellung lustig, daß (Arbeiterstaat/)Sozialismus gleichbedeutend sei mit dem Erhalt des "unverkürzten Arbeitsertrages"; daß man also auf Kosten der Gesellschaft alles "auffressen" könne.

Cliff wird dann aber doch grundsätzlicher:

"Die Abpressung von Mehrwert und seine Verwandlung in Kapital sind die beiden grundlegenden Kennzeichen des Kapitalismus. ... Das Spezifikum des Kapitalismus ist die Akkumulation um der Akkumulation willen mit dem Ziel, konkurrenzfähig zu bleiben (ebenda, S. 156). Und da "... die russische Bürokratie, (...) den Staat 'besitzt' und den Akkumulationsprozeß lenkt", stellt sie, laut Cliff, "die Personifikation des Kapitals in seiner reinsten Form" dar (ebenda, S. 157).

Doch Marx sprach von *Kapital*-Akkumulation, und daß die Bürokratie "den Akkumulationsprozeß lenkt" sagt noch nichts darüber aus, *was* da angehäuft wird. Cliffs Staatskapitalismus-Theorie kann marxistisch nicht herleiten, wie denn nun diese 'Besitzer' des Arbeiterstaates, also z.B. die Stalin- oder Honecker-Clique, "Mehrwert abpressen und in Kapital verwandeln" konnten, denn Cliff selbst gibt zu:

"Betrachtet man also die Beziehungen innerhalb der russischen Wirtschaft, so läßt sich dort das Wertgesetz als Motor und Regulator der Produktion nicht nachweisen" (ebenda, S. 208).

In einer Antwort auf die maoistischen Staatskapitalismus-Vertreter faßte die Gruppe IV. Internationale schon einmal zusammen:

"Das Wertgesetz, das den Warenaustausch in Form des Warenpreises auf dem Markt einschließt, stellt im Kapitalismus die Durchschnittsprofitrate her und ist Motor der Wanderung des Kapitals nach profitablen, Mehrwert heckenden Anlagemöglichkeiten. Es durchdringt vollkommen den Prozeß der Produktion und Reproduktion ...". In Bezug auf Staaten wie die DDR oder UdSSR war jedoch entscheidend, "... daß der Plan und nicht der Markt die Produktion *bestimmt*, bzw. existierende Märkte nur marginale Bedeutung haben. Die Planwirtschaft produziert Gebrauchswerte, inklusive eines Mehrprodukts und ist somit der Produktionsweise des Kapitals als 'Fanatiker der Verwertung', der Produktion von Tauschwerten, direkt entgegengesetzt" ("Beilagen-Kreis im Radius der SPD", S. 19).

Wo es kein vorherrschendes Wertgesetz gibt, da gibt es keine Mehrwertproduktion, also keine profitorientierte Produktion. Und wo es keine kapitalistische Konkurrenz gibt, da kann es auch keinen "Staatskapitalismus" geben:

"Ein *Universalkapital*, ohne fremde Kapitalien sich gegenüber, mit denen es austauscht ... ist daher ein Unding. Die Repulsion der Kapitalien voneinander liegt schon in ihm als realisiertem Tauschwert" (Marx, Grundrisse, S. 324).

Nachdem Cliff also das "Unding" eines "Universalkapitalismus" kreierte hat, dabei selber sehr richtig das "Wertgesetz als Motor und Regulator" *innerhalb* der russischen Wirtschaft nicht feststellen konnte, will er, letzter Notanker, den "Staatskapitalismus", anstatt anhand seiner materiellen Grundlage, ... als Folge des *internationalen* Wettrüstens nachweisen:

"Der Ruf 'Kanonen statt Butter' bedeutet, daß die Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Mächten eine Stufe erreicht hat, auf der die internationale Arbeitsteilung auseinander gebrochen ist und direkte militärische Konkurrenz an die Stelle wirtschaftlicher Konkurrenz tritt. Gebrauchswerte sind dann das Ziel der kapitalistischen Produktion ... Sobald man also die russische Wirtschaft im Zusammenhang der heutigen konkreten historischen Situation, das heißt im Rahmen des anarchischen Weltmarkts, analysiert, erscheint das Wertgesetz als oberste Instanz" (ebenda, S. 211).

Oder anders ausgedrückt: Der sogenannte Rüstungswettlauf hat der Produktionsweise in den Staaten des Ostblocks das Wertgesetz aufgedrückt; der ("Staats"-) Kapitalismus existiert nicht mehr als *System der verallgemeinerten Warenproduktion*, sondern jetzt sogar als eines von Gebrauchswerten (das genaue Gegenteil der kapitalistischen Produktionsweise also) - wahrlich eine Perle! Folgt man Cliff bei dieser *idealistischen* Begründung der Kategorie der militärischen Konkurrenz, dann gibt es schon seit alters her "Staatskapitalismus".

Die Anpassungsfähigkeit des Opportunismus

Ende der 40er Jahre, zu Beginn des Kalten Krieges, "entdeckte" Cliff den staatskapitalistischen Charakter der UdSSR und entwickelte die Theorie des Dritten Lagers "Weder Washington noch Moskau". Recht früh, zur Zeit des Korea-Krieges, wurde diese Theorie einem praktischen Test unterzogen. Die Politik der "kriegstreibenden UdSSR" wurde der der US-Bourgeoisie gleichgesetzt - eine militärische Unterstützung der koreanischen Arbeiter in ihrem Kampf gegen den US-Imperialismus kam nicht in Frage. Entscheidend dabei war weniger die Theorie als vielmehr die unpopuläre Position, in Britannien Seite für die von der Sowjetunion unterstützten Aufständischen zu beziehen. Der Opportunismus dieser Position ist nicht zuletzt durch die Tatsache belegt, daß Cliffs internationale Tendenz 15 Jahre später - mit der gleichen Theorie - im Vietnam-Krieg Seite gegen den US-Imperialismus bezog. Die (halbherzige) Unterstützung der Moskauer und Pekingener Bürokraten für die Aufständischen wurde dabei einfach verschwiegen, die Stimmung der Massen sah nämlich anders aus als in den 50er Jahren: die '68er Studentenbewegung marschierte gerade in ganz Europa unter der Parole "*Ho-Ho-Ho Chi Minh*".

Anhand der drei behandelten Fragen kann man also, ansetzend an Marx, resümieren: Die SAG zeichnet sich durch eine Politik aus, die die "Bewegung modeln" will, gleichzeitig aber theoretisch der übrigen Masse des Proletariats nichts voraus hat. Gemessen an den Erfordernissen revolutionärer Strategie sollte man also bei dem SAG-Anspruch der "sozialistischen Alternative" Vorsicht walten lassen ■